

Bürger für Beethoven
Kurfürstenallee 2-3, 53177 Bonn
info@buergerfuerbeethoven.de
0151-17285465
Medienmitteilung 01/2025
27. Januar 2025

Zu Beethoven leider nichts Konkretes

Kritik am Stand der Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz und dem „Letter of Intent“

Anlässlich der Unterzeichnung eines „Letter of Intent“ zur Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz durch Vertreter von Bund, Ländern und der Region erneuerten die BÜRGER FÜR BEETHOVEN ihre Enttäuschung über die bisher erreichten Ergebnisse zu Bonn als Beethovenstadt. Der Vorsitzende des Beethoven-Vereins Stephan Eisel sagte dazu: „Was bisher vorgelegt wurde, bleibt weit hinter den Erwartungen zurück und ist völlig unverbindlich. Das wird Bonns nationaler Rolle als Beethovenstadt in keiner Weise gerecht.“ Es reiche nicht, wie in der jetzt unterzeichneten Absichtserklärung intendiert, wenn eine neue Bundesregierung einfach das bisher Vereinbarte umsetze: „Beim Thema Beethovenstadt muss hier erheblich nachgebessert werden.“

Am 24. Januar 2025 haben Vertreter des Bundes, die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz und die Bundesstadt Bonn und die Landkreise Rhein-Sieg, Ahrweiler und Neuwied einen sogenannten „Letter of Intent“, unterzeichnet, um den bisher erreichten Verhandlungsstand zu einer Zusatzvereinbarung zum Bonn-Berlin-Gesetz angesichts der verkürzten Legislaturperiode einer neuen Bundesregierung vorzulegen. Der zwischen den Partnern erreichte Verhandlungsstand enthält ein Unterkapitel „Beethovenstadt Bonn“. Es besteht überwiegend aus einer Beschreibung der bereits vorhandenen Aktivitäten. Eisel sagte dazu: „Auf diese Beschreibung des status quo folgt für künftige Aufgaben eine einzige völlig unverbindliche Prüfungszusage des Bundes und die vage Aussage, dass mit dem Bund ‚hierzu Gespräch geführt werden‘.“ In allen anderen Kapiteln des Entwurfs seien zu anderen Themen konkrete Festlegungen getroffen worden. „Leider hat Kulturstaatsministerin Roth beim Thema Beethovenpflege Konkretisierungen verweigert. Hier setzen wir auf eine neue Bundesregierung.“

Die BÜRGER FÜR BEETHOVEN schlagen vor, das Beethovenfest dadurch zu stärken, dass Bund und Land durch eine direkte Beteiligung Gesellschafter der Internationale Beethovenfeste Bonn gGmbH werden. Das Land habe bereits zugesagt, diesen Schritt zu gehen, wenn der Bund dazu bereit sei. Der Bund weigere sich aber bisher. Zudem könne man die Beethoven-Region als nationales Zentrum für herausragenden Musik-Nachwuchs aufbauen, denn hier habe Beethoven seine Prägung als Pianist, Orchestermusiker und Komponist erfahren. Der Beethoven-Verein regt außerdem an, auf europäischer Ebene einen internationalen Beethoven-Preis zu etablieren, denn Beethoven fasziniere nicht nur rund um den Erdball die Menschen mit seiner Musik, sondern stehe auch für Humanität und Völkerverständigung. Hier könne der Aachener Karlspreis ein Vorbild sein.

Die BÜRGER FÜR BEETHOVEN haben ihre konkreten Vorschläge bereits 2023 den Verhandlungspartner übermittelt. Die Reaktion habe damals nur in einem Hinweis auf die Vertraulichkeit der Gespräche bestanden. „Wir wissen allerdings, dass der Bund bisher praktisch alle konkreten Vorschläge zur Stärkung der Beethovenpflege mit teilweise absurden Begründungen (wie z. B. die Europahymne stamme nicht von Beethoven) abgelehnt hat.“, so Eisel.

Der Beethoven-Verein mit seinen 1.700 Mitgliedern will sich nach der Bundestagswahl mit Nachdruck dafür einsetzen, dass „Beethoven in der Zusatzvereinbarung aus dem Nebel der Unverbindlichkeit befreit wird. Der Bund trägt eine besondere Verantwortung für den wichtigsten Botschafter der Kulturnation Deutschland und sollte diese auch besser und engagierter wahrnehmen.“